

UTE VOGT

INFORMIERT

Nr. 1

SPD

Januar 2021



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

es gibt doch noch so viele andere Themen ! möchte ich rufen, wenn ich im Radio Nachrichten höre oder beim Zappen durch das Fernsehprogramm bei einer Talkshow vorbeikomme. Ein Beispiel sind all die Neuerungen, die jetzt am 1. Januar in Kraft getreten sind. Das beginnt mit der Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag oder der Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums, geht über einen besseren Schutz der Persönlichkeitsrechte bei Bildaufnahmen, über die Erhöhung der Nahverkehrsmittel, die der Bund an die Länder zahlt, bis zur verbesserten Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse in Deutschland und dem endgültigen Verbot der Ferkelkastration - um nur einige wenige Beispiele zu nennen. In dieser [Liste](#) findet ihr eine gute Übersicht der Neuerungen, die mit dem 1. Januar 2021 aufgrund der Arbeit in der Großen Koalition in Kraft getreten sind.

Die Arbeit geht natürlich weiter - schließlich ist die Bundestagswahl erst am 26. September dieses Jahres. Jedoch wirft der Wahlkampf seine Schatten voraus und was nicht jetzt im ersten Halbjahr abgeschlossen wird, hat wohl kaum noch Chancen umgesetzt zu werden. Die Tagesordnungen der nächsten Sitzungswochen sind voll gepackt. Praktisch alle Sitzungen und Gespräche finden derzeit digital statt. So können auch die Wahlkreiswochen zu Verhandlungen genutzt werden und das ist angesichts vieler strittiger Vorhaben auch notwendig.

Neben neuen Herausforderungen warten durchaus auch noch einige Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag auf ihre Umsetzung. Manches ist bereits in den Fraktionen geeinigt und hängt jetzt wieder beim Fraktionsvorsitzenden bzw. bei der Spitze der Unionsfraktion - zum Beispiel die Einführung eines Lobbyregisters plus die dazu gehörende Transparenz bei engen Kontakten mit Lobby-Vertretungen, die Einsetzung der Wahlrechtskommission oder das Unternehmensstrafrecht. Anderes hängt noch bei den Verhandelnden, wie unser sehr wichtiges Vorhaben der Abschaffung bzw. wenigstens drastischen Einschränkung der sachgrundlosen Befristung. Eine laute Lobby haben diese Themen derzeit alle nicht und wenn, dann wird kaum dazu berichtet. Trotzdem geht das Ringen in der Regierung und der Koalition auch im letzten GroKo-Jahr kräftig weiter. Wir alle sind gespannt, ob die Personalentscheidung in der CDU für Armin Laschet hier wenigstens an der einen oder anderen Stelle noch Bewegung bringt - oder ob er jetzt erst recht dem konservativen Teil seiner Truppe beweisen muss, dass er auch ein Hardliner sein kann. Wir sind gespannt. Vor allem bitte ich euch aber, derzeit den Blick auf die Landespolitik zu halten, denn dort findet der Wahlkampf unter äußerst erschwerten Bedingungen statt. Mehr denn je sind deshalb alle Kandidatinnen und Kandidaten auf euren „Mundfunk“ angewiesen.

Herzliche Grüße

Mietenpolitik vom Umwandelungsschutz bis zur CO2-Abgabe

Die energetische Sanierung im Gebäudesektor ist ein wichtiger Aspekt, um unsere Klimaschutzziele zu erreichen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat ein [Papier](#) beschlossen, das darauf abzielt, die Energiewende weiter voranzutreiben und dabei die Rechte der Mieter*innen zu stärken. Da Mieterinnen und Mieter kaum einen Einfluss darauf haben, halten wir es für gerechtfertigt, dass Vermieterinnen und Vermieter die Kosten für die neue CO2-Bepreisung übertragen bekommen. Es geht vor allem darum, Anreize für Investitionen in klimafreundliche Heizalternativen und energetische Gebäudesanierung zu setzen.

Die Mieten sind in den letzten zehn Jahren massiv gestiegen, allein in Stuttgart um 45%! Gerade Haushalte mit geringerem Einkommen geben im Schnitt mehr als 50% ihres Haushaltseinkommens für die Miete auf. Es muss jetzt an allen Schrauben gedreht werden, um diese Entwicklung abzubremsen. Die Pläne der SPD-Bundestagsfraktion betreffen den Umwandelungsschutz, Baugebote, Vorkaufsrecht für Kommunen, Beendigung von sogenannten „Share Deals“ und die Erstellung qualifizierter Mietspiegel.

Unsere Kandidierenden zur Landtagswahl

Die Landtagswahl im März bietet die Chance, grün-schwarz im Land zu beenden. Keine Frage - eine Beteiligung der SPD an einer Regierung wäre für die Bürgerinnen und Bürger eine gute Entscheidung. Wir setzen in unserem [Wahlprogramm](#) klare Akzente: Sicheres Arbeiten und Wohnen, gute Bildung von klein auf und eine Klimaschutzpolitik für alle, das brauchen wir. Und das sind natürlich nur wenige von vielen Forderungen. Ihr könnt euch mit den Positionen unserer vier Kandidierenden bei vielen spannenden Terminen oder auch einfach auf ihren Webseiten vertraut machen. Über eure und ihre Unterstützung freuen sich alle vier. Am 14. März 2021 heißt es daher: Wählen gehen!



Fotograf: Klaus Hennig-Damasko

Für Stuttgart I will [Dr. Sascha Meßmer](#) in den Landtag. Der 31-jährige leitet beruflich die Wirtschaftsförderung des Landkreises Böblingen. Er sieht Umweltschutz in unser aller Verantwortung und die Chance, zukünftige Arbeitsplätze zu entwickeln.



Fotografin: Hannah Bichay

[Sarah Schlösser](#) hat für Stuttgart III klare Ziele: Die 33-jährige ist Abteilungsleiterin für Gleichstellungspolitik beim DGB BaWü und kennt sich aus mit Arbeitsmarktpolitik. Als Mutter und Mieterin kennt sie außerdem die Lücken in der Familien- und Wohnungspolitik.



Fotografin: Hannah Bichay

Der 33-jährige Lehrer [Carsten Singer](#) stellt sich für Stuttgart II zur Wahl. Einen inneren Werte-Kompass findet er entscheidend. Seine Schwerpunkte sind Chancengleichheit, Klimaschutz und mehr Tierschutz.



Fotograf*in: keine Angabe

In Stuttgart IV setzt sich [Katrin Steinhülb-Joos](#) für eine bessere Zukunft ein. Die 54-jährige Rektorin fordert unter anderem mehr Digitalisierung in den Schulen, den Ausbau von Ganztagschulen und Kostenfreiheit im Bildungsbereich.

Wir müssen wissen, worüber wir sprechen & was wir sehen

Wir alle kennen Beispiele von „Hass und Hetze“. In den (Sozialen) Medien, im Berufsleben und leider auch zum Teil im Bekanntenkreis. Überall werden wir mit Aussagen konfrontiert, von denen einige ganz klar rassistisch, rechtsextrem und/oder rechtspopulistisch sind. Gegen diese Statements können wir uns entschieden wehren und uns gegen sie positionieren. Wir können unreflektierte Äußerungen im Bekanntenkreis ansprechen und ihnen eine demokratische Position gegenüberstellen.

Weit schwieriger sind Botschaften, die erst entschlüsselt werden müssen. Gerade für junge Menschen. Es handelt sich eigentlich weniger um Äußerungen, als vielmehr um z.B. „Statement Mode“ u.a. im Sport oder um Texte in der rechtsextremen Musik. Gerade dort, wo Musiker und Musikerinnen andernfalls auf dem sogenannten „Index“ landen würden, also Lieder verboten werden würden, können rechte Bands ihre hetzerischen und hasserfüllten Botschaften teils hinter zweideutigen Textzeilen und in Zahlencodes verdecken.

Ja, die rechte Szene weiß, wie man mit Symbolen umgeht. Und daher möchte ich an dieser Stelle auf die Publikation [„Braune Wäsche“](#) der Initiative „Gesicht zeigen“ aufmerksam machen. Sie entschlüsselt rechte Codes auf anschauliche Weise, auch und gerade für ein junges Publikum.



Bild von Jozef Mikulcik auf Pixabay

Mehr Sicherheit und neues Vertrauen in der Grundsicherung

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende wird einfacher zugänglich und unkomplizierter. Künftig werden in den ersten zwei Jahren des Bezugs von Grundsicherung nicht erhebliches Vermögen und die Wohnung nicht überprüft.

Damit sich Menschen, die Grundsicherung erhalten, qualifizieren können und nachhaltig in Arbeit finden, unterstützen wir sie bei (beruflicher) Weiterbildung. Wer keine abgeschlossene Ausbildung hat, soll daher vorrangig einen Abschluss erwerben können, wenn dies zu einer langfristigen Erwerbstätigkeit führen kann.

Familien erhalten bessere Unterstützung. So wird das Mutterschaftsgeld künftig nicht als Einkommen berücksichtigt. Schülerinnen und Schüler dürfen ihre Einkünfte aus Ferienjobs nun vollständig behalten - gleiches gilt auch für ehrenamtliche Betreuungsentschädigungen. So werden auch Leistungen aus einem Ehrenamt anerkannt.

Leistungsminderungen wegen Pflichtverletzungen – sogenannte Sanktionen – dürfen zukünftig 30% des maßgebenden Regelbedarfs nicht übersteigen. Damit wird der Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts vom 5. November 2019 Folge geleistet. Außerdem muss in keinem Fall jemand befürchten, dass die Wohnkosten von Leistungsminderungen betroffen sind.

Neustart der transatlantischen Beziehungen

Trotz des "schlechtesten US-Präsidenten aller Zeiten" sind der gesellschaftliche und kulturelle Austausch zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland durch die kulturelle Arbeit beispielsweise des Goethe-Instituts, politischer Stiftungen, Mittlerorganisationen, wie dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und der Alexander von Humboldt Stiftung glücklicherweise nicht zum Erliegen gekommen. Auch das Parlamentarische-Patenschaftsprogramm (PPP) konnte - bis auf die Corona-bedingten Einschränkungen im vergangenen Jahr - weitergeführt werden. Dabei bietet ein Stipendium des Deutschen Bundestages Berufstätigen oder Schüler*innen die Möglichkeit, ein Jahr lang in den USA zu wohnen und dort in einer Gastfamilie zu leben, zur Schule zu gehen und Kontakte zu knüpfen. Als Patin konnte ich kürzlich wieder einer jungen Schülerin diese Möglichkeit eröffnen.

Durch Joe Biden, den neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten, gibt es nun wieder die Chance auf einen umfassenden Neustart der transatlantischen Beziehungen mit Deutschland und Europa. Wir haben im Zuge unserer Klausursitzung Anfang Januar ein [Positionspapier](#) zu den neuen Möglichkeiten verfasst.

Von Kindern im Grundgesetz und Sprachnachweisen bei Paaren

Die letzten Wochen waren etwas ruhiger als gewohnt. Es blieb Zeit, um aufzuatmen und das letzte Jahr mit seinen vielen Anfragen sacken zu lassen. Trotzdem waren die Stuttgarterinnen und Stuttgarter nicht untätig. Gefreut hat mich vor allem die internationale Solidarität für Geflüchtete auf den Griechischen Inseln. Ein zähes Ringen mit der Union sorgt immer wieder für Verzögerungen und trotzdem bleiben wir dran. Wir werden so viele Menschen wie möglich in Deutschland aufnehmen. In der Koalition konnten wir uns aber endlich auf eine Formulierung für die Kinderrechte im Grundgesetz einigen. Durch die neue Formulierung bekam ich auch prompt Zuschriften mit der Sorge, dass nun Elternrechte geschwächt würden und der Staat zu viele Eingriffsmöglichkeiten bekäme. Diese Sorgen teile ich nicht, der fertige Entwurf enthält in meinen Augen ein gutes Gleichgewicht zwischen allen Parteien. Alles Weitere wird das nun anstehende parlamentarische Verfahren zeigen. Weitere Themen waren unter anderem die Energiewende, der Nachzug von Ehegatten aus dem Ausland und natürlich die Nachfragen nach Übergangshilfen in der Pandemie.

Der Brexit und die Musik

Kürzlich hat mich die Nachricht erreicht, dass Musikerinnen und Musiker aus Großbritannien künftig nur noch mit vielen Hürden in Europa spielen können. Und umgekehrt, dass auch Bands aus der EU nur noch mit bürokratischem Aufwand und einem Mehr an Kosten in UK auftreten werden. Das liegt natürlich am Brexit, genau genommen am Handelsabkommen zwischen der EU und Großbritannien und zeigt einmal mehr, wie schwierig die Lage für die Britinnen und Briten, aber auch uns Europäer*innen wird. Uns geht dadurch ein Stück Kultur verloren. Gerade kleinen Bands und Ensembles wird es so unverhältnismäßig schwer gemacht.



Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de

